

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Schutz des Haushalts

Von der Leyen begrüßt Urteil zum Rechtsstaatsmechanismus

Seite 3

IM FOKUS

Lieferkettengesetz

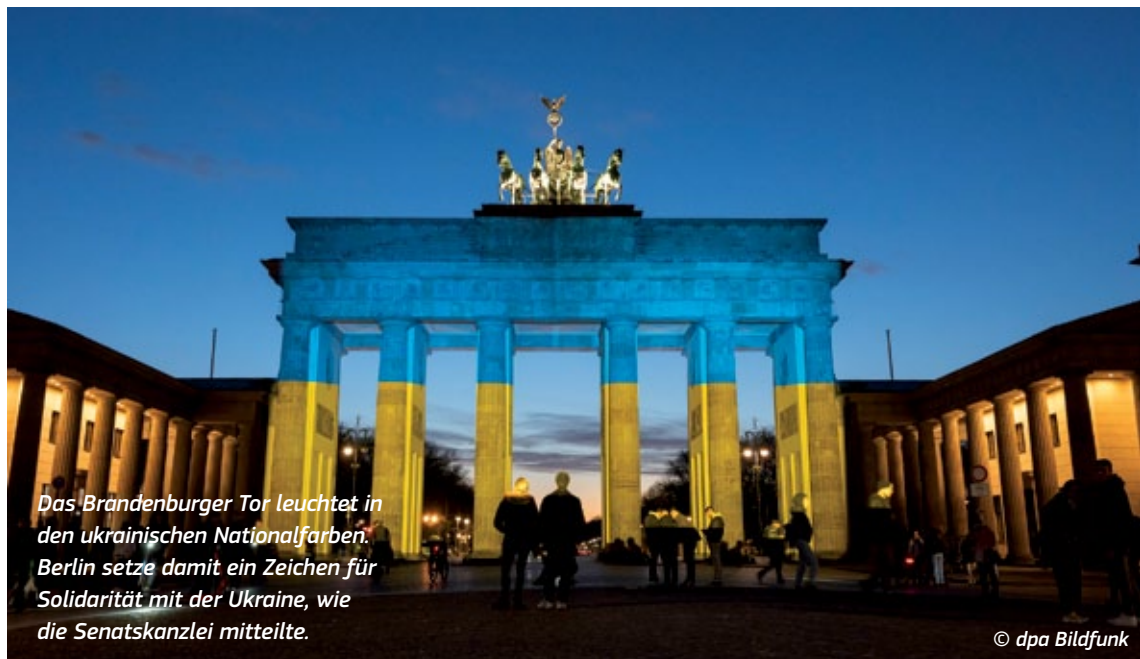
Kein Profit mit Zwangsarbeit und Umweltschäden

Seite 4

Partnerschaft EU-Afrika

150 Mrd. Euro Investitionen

Seite 5



Das Brandenburger Tor leuchtet in den ukrainischen Nationalfarben. Berlin setze damit ein Zeichen für Solidarität mit der Ukraine, wie die Senatskanzlei mitteilte.

© dpa Bildfunk

DATENGESETZ

EU regelt Umgang mit vernetzten Daten

Neue Vorschriften sollen künftig regeln, wer die in den Wirtschaftssektoren der EU erzeugten Daten nutzen darf und Zugriff darauf hat. Die Daten, die von modernen Geräten erhoben werden – vom Auto über Sprachassistenten bis zu intelligenten Haushaltsgeräten –, stehen demnach nicht mehr allein Herstellern offen, sondern auch Nutzerinnen und Nutzern beziehungsweise Dritten, denen diese die Auswertung einräumen. „Wir wollen Verbrauchern und Unternehmen noch mehr Mitspracherecht darüber einräumen, was mit ihren Daten geschehen darf, indem klargestellt wird, wer zu welchen Bedingungen Zugang zu den Daten hat“, sagte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

■ Datenwirtschaft

RUSSISCHER ANGRIFF AUF DIE UKRAINE

„Wir werden den Kreml zur Verantwortung ziehen“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident Charles Michel und der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, haben die militärischen Aggressionen Russlands gegenüber der Ukraine aufs Schärfste verurteilt. Von der Leyen erklärte: „Präsident Putin hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. In diesen dunklen Stunden stehen die Europäische Union und die Menschen in Europa an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Wir haben es mit einer beispiellosen Aggression der russischen Führung gegenüber einem souveränen und unabhängigen Land zu tun.“

> Die Europäische Kommission wollte den Staats- und Regierungschefs der EU noch am Donnerstag (Anmerkung: nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) ein Paket mit weiteren, massiven Sanktionen gegen Russland vorlegen. Darüber sollte ein EU-Sondergipfel am Abend in Brüssel beraten. „Das Paket wird auf strategische Sektoren der russischen Wirtschaft abzielen und ihnen den Zugang zu den für sie wichtigen Technologien und Märkten versperren. Wir werden die wirtschaftliche Grundlage Russlands und seine Modernisierungsfähigkeit schwächen. Darüber hinaus werden wir russische Vermögenswerte in der Europäischen Union einfrieren und den Zugang russischer Banken zu den europäischen Finanzmärkten blockieren“, kündigte von der Leyen an.

Bereits umgehend nach der völkerrechtswidrigen Anerkennung der Gebiete Luhansk und Donezk im Osten der Ukraine durch Russland hatten die Mitgliedstaaten eine erste Welle an Sanktionen verhängt. „Wir haben vereinbart, dass die 351 Mitglieder der russischen Staatsduma, die für diesen Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine gestimmt haben, auf unsere Sanktionsliste aufgenommen werden“, hatte Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, erklärt.

Zudem sind 27 Personen auf der Sanktionsliste aufgeführt, die eine Rolle dabei spielten, die Integrität und Souveränität der Ukraine zu untergraben (s. Seite 2). >>

“ Eine solche Anwendung von Gewalt und Zwang hat im 21. Jahrhundert keinen Platz. ”

Gemeinsame Erklärung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel

>> Von der Leyen forderte Russland auf, die Gewalt unverzüglich einzustellen und seine Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen. Die Europäische Union werde nicht zulassen, dass Präsident Putin die Sicherheitsarchitektur einreißt, die seit vielen Jahrzehnten für Frieden und Stabilität in Europa sorgt, so von der Leyen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. „Wir werden nicht zulassen, dass Präsident Putin das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit durch Gewaltherrschaft und Rücksichtslosigkeit ersetzt. Er sollte die Entschlossenheit und Stärke unserer Demokratien nicht unterschätzen.“

Die Geschichte habe gezeigt, dass Gesellschaften und Allianzen, die auf Vertrauen und Freiheit aufbauen, widerstandsfähig und erfolgreich sind. „Und genau davor haben die Autokraten Angst. Die Europäische Union steht an der Seite der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Wir werden sie weiterhin unterstützen,“ unterstrich von der Leyen.

Dies seien mit die dunkelsten Stunden für Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, erklärte Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. „Eine nukleare Großmacht hat ein Nachbarland angegriffen und droht jedem anderen Staat, der ihm zu Hilfe kommt, mit Repressalien.“ Dies sei nicht nur der größte Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern auch ein Verstoß gegen die Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens.

Stopp für Nord Stream 2 begrüßt

Von der Leyen hatte auch die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, die Zertifizierung der Erdgaspipeline Nord Stream 2 auszusetzen. „Nord Stream 2 muss neu betrachtet werden unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit für ganz Europa. Denn diese Krise zeigt ja, dass Europa immer noch viel zu abhängig ist von russischem Gas“, sagte die Präsidentin. Die Europäische Kommission habe in den vergangenen Wochen alle potenziellen Szenarien analysiert, hatte von der Leyen zuvor im Europäischen Parlament betont. „Unsere Modelle zeigen, dass wir in diesem Winter wohl auf der sicheren Seite sind.“ Jedoch mache die Krise erneut deutlich, wie wichtig die Diversifizierung der europäischen Energieversorgung sei, mahnte die Präsidentin. Europa müsse sich durch den Ausbau erneuerbarer Energien im Rahmen des Europäischen Grünen Deals von Energieimporten unabhängiger machen.

In den vergangenen Wochen hat die Kommission mit Ländern wie den USA, Norwegen, Katar, Aserbaidschan, Ägypten und Nigeria zusätzliche Lieferungen von verflüssigtem Erdgas (Liquified Natural Gas - LNG) vereinbart. Mit 10 Mrd. Kubikmetern erreichte der Import von LNG in die EU im Januar dieses Jahres einen neuen Rekord.

Anders als in der Vergangenheit gibt es derzeit keine Mitgliedstaaten, die allein von einer einzigen Gasversorgungsquelle abhängig sind. EU-Regeln wie die Verordnung über die Versorgungssicherheit verpflichten die Mitgliedstaaten zudem, im Falle einer schweren Krise solidarische Gaslieferungen zu gewährleisten. (pr) >|

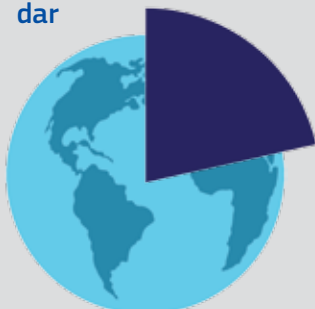
Europäische Sanktionen

Die Sanktionsliste

Wegen des russischen Vorgehens in der Ukraine haben die Mitgliedstaaten weitere Sanktionen erlassen. Neben 351 Abgeordneten des russischen Parlaments, die den Beschluss zur völkerrechtswidrigen Anerkennung der ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk billigten, sind darunter hochrangige Vertreter des russischen Staates wie Verteidigungsminister Sergei Shoigu, der Chef der russischen Schwarzmeerflotte Igor Osipow, der Kommandant der russischen Luftwaffe Sergej Surowikin sowie Anton Waino, der Leiter der Präsidentschaftsverwaltung des russischen Staatschefs Wladimir Putin. Damit sind seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 insgesamt 555 Personen mit Sanktionen belegt. Über weitere Maßnahmen wollten die Mitgliedstaaten auf einem Sondergipfel beraten. Vollständige Sanktionsliste unter <https://bit.ly/3pbJBer>

Die Gasversorgung in der EU - Zahlen & Fakten

Gas stellt **21,5%** des primären Energieverbrauchs in der EU dar



Quelle: ACER



Rund **40%** der Haushalte sind an das Gasnetz angeschlossen

Die EU importiert **80%** ihres Gasbedarfs



40% des Gasverbrauchs entfallen auf den Wohnungssektor

EU-HAUSHALT

Von der Leyen begrüßt Urteil zum Rechtsstaatsmechanismus

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Rechtsstaatsmechanismus begrüßt. „Der Gerichtshof bestätigt die Rechtmäßigkeit dieses wichtigen Instruments, das es uns ermöglicht, den EU-Haushalt besser zu schützen“, sagte von der Leyen. Der EuGH hatte zuvor den Rechtsstaatsmechanismus gebilligt. Das „gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten beruht darauf, dass diese die gemeinsamen Werte achten, auf die sich die Union gründet“, erklärten die Richter und verwarfen eine Klage der Mitgliedstaaten Polen und Ungarn. Das Ziel der Regelung bestehe darin, „den Unionshaushalt vor Beeinträchtigungen zu schützen, die sich hinreichend unmittelbar aus Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit ergeben“, befand der EuGH. Haushaltskommissar

Johannes Hahn kündigte an, Leitlinien für die Umsetzung des Urteils auszuarbeiten.

Die Kommission hatte vorgeschlagen, Finanzierungen durch die EU stärker an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zu koppeln, um den EU-Haushalt vor finanziellen Risiken zu Lasten der EU zu schützen. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament stimmten dem Vorhaben zu. Der Mechanismus gilt auch für das Corona-Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU, aus dem Polen 23,1 Mrd. Euro und Ungarn 7,2 Mrd. Euro an Hilfen erhalten sollen.

■ *Konditionalität*

BERLINALE

EU-geförderte Filme ausgezeichnet

Bei den 72. Internationalen Filmfestspielen in Berlin sind zwei Filme prämiert worden, die von der Filmförderung der Europäischen Union profitierten. Das spanisch-italienische Drama „Alcarràs“ von Carla Simón über Pfirsichbauern in Spanien erhielt den Goldenen Bären. Der Silberne Bär für eine herausragende künstlerische Leistung ging an Rithy Panh für „Everything Will Be OK“. Insgesamt sieben EU-geförderte Filme wurden bei den 72. Internationalen Filmfestspielen Berlin präsentiert.

Der Kultursektor wird im EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 mit rund 2,4 Mrd. Euro gefördert. Das sind 63 Prozent mehr als im Programmzyklus 2014 bis 2020. Mehr als 1,4 Mrd. Euro der Fördergelder entfallen auf den audiovisuellen Bereich MEDIA. Zentrale Schwerpunkte sind die verstärkte europäische Zusammenarbeit, die weitere Digitalisierung der Branche sowie Nachhaltigkeit und Diversität.

■ *Filmfestspiele*

IN EIGENER SACHE

Online-Umfrage unter Leserinnen und Lesern

Seit vielen Jahren informieren die EU-Nachrichten alle zwei Wochen über Themen rund um die Europäische Union. Dabei hat sich der Newsletter stetig erneuert. Seit diesem Jahr stellen die EU-Nachrichten in der Serie „Europa vor Ort“ jeweils Projekte vor, die von der EU in Deutschland gefördert worden sind. Auch in Zukunft wollen wir umfassend und basisnah über europäische Themen berichten und dabei auch Neuerungen in der medialen Welt aufgreifen. Deshalb startet eine Online-Umfrage, um die Anregungen und Wünsche unserer Leserinnen und Leser aufzugreifen.

Unter anderem ist von Interesse, ob vorrangig eine Print-Ausgabe der EU-Nachrichten gewünscht oder künftig eine Online-Version mit multi-medialen Elementen bevorzugt wird. Wir freuen uns auf Ihre Meinung, Anregung und Kritik. Die Umfrage ist bis zum 1. Mai geöffnet.

■ *Zur Umfrage*

VERKEHR

Neues Mautsystem belohnt Klimaschutz

Das Mautsystem in der EU wird klimafreundlicher und künftig stärker an Spritverbrauch und zurückgelegte Kilometer angepasst. „Die neue Richtlinie ist ein Schritt hin zu einem modernen europäischen System für Straßenbenutzungsgebühren, das der Finanzierung und Erhaltung der Infrastruktur dient und gleichzeitig das Verursacherprinzip besser widerspiegelt“, sagte Verkehrskommissarin Adina Vălean. Zuvor hatte das Europäische Parlament eine entsprechende Initiative der Kommission gebilligt.

Die derzeitigen zeitabhängigen Gebühren für Lkw werden bis 2030 schrittweise durch entfernungsabhängige Gebühren ersetzt. Bereits von 2026 an werden die Gebühren für Lastwagen und Busse stärker an den Spritverbrauch angepasst. Gleichzeitig bleibt es den Mitgliedsländern weiter freigestellt, auch von Pkw-Fahrern Gebühren für die Straßennutzung zu erheben. Mit der geänderten Eurovignetten-Richtlinie soll der Straßenverkehr effizienter und nachhaltiger werden.

■ *Maut*

VORSCHLAG FÜR LIEFERKETTENGESETZ

Kein Profit mit Umweltschäden und Zwangsarbeit

Die EU-Kommission dringt bei der Beschaffung von Rohstoffen und Zwischenprodukten für den europäischen Binnenmarkt stärker auf die Einhaltung von Umwelt- und Klimaschutzbestimmungen und die Wahrung von Menschenrechten. „Wir können nicht länger die Augen davor verschließen, was entlang unserer Wertschöpfungsketten passiert“, sagte Justizkommissar Didier Reynders bei der Vorlage der Initiative für eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft.



Die Europäische Union setzt sich in ihrer einheitlichen Lieferkettenregelung unter anderem für menschenwürdige Arbeitsnormen weltweit ein.

„Wir wollen ein starkes Signal aussenden“, hatte Reynders schon zuvor erklärt und ergänzt: „Wir wollen weit gehen, weit die Lieferkette herunter und weit, was die Zahl der betroffenen Unternehmen betrifft.“ Derzeit haben mehrere Mitgliedstaaten Lieferkettenregelungen verabschiedet, in Deutschland hat der Bundesrat im Juni 2021 ein entsprechendes Gesetz gebilligt. Die Kommission setzt mit ihrem Vorschlag auf eine einheitliche Regelung für den europäischen Binnenmarkt. Sie kommt damit auch einem gesteigerten Verbraucherbewusstsein nach, zudem haben sich zahlreiche Firmen bereits freiwillig zu einer nachhaltigen Unternehmensführung verpflichtet.

In ihren Handelsabkommen setzt die EU seit langem auf die Einhaltung von Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsstandards sowie sichere Arbeitsbedingungen. Nun werden die Sorgfaltspflichten zur Wahrung von Menschenrechten sowie Umwelt- und Klimaschutz entlang der Lieferketten von Waren verankert, die von großen Unternehmen auf dem europäischen Binnenmarkt vertrieben werden. Die Kommission dringt dabei auch auf die Einhaltung der Pariser Klimaziele, den Anstieg der Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Der Vorschlag der Kommission, dem Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament noch zustimmen müssen, sieht unter anderem vor:

- > **Geltungsbereich:** Die neue Regelung erfasst knapp 13.000 europäische Unternehmen und 4.000 Firmen aus Drittstaaten, die auf dem europäischen Binnenmarkt aktiv sind. Sie greift zum einen für große Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 150 Mio. Euro. Darüber hinaus sind auch kleinere Firmen mit einem Jahresumsatz von 40 Mio. Euro und mehr als 250 Beschäftigten erfasst, wenn sie mehr als die Hälfte ihres Umsatzes in Risikosektoren wie der Textilindustrie, Lebensmittelbranche oder der Gewinnung von Rohstoffen erzielen. Zum Vergleich: Das deutsche Lieferkettengesetz sieht vor, dass die Regelung von 2024 an für Firmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern greift.
- > **Umfang:** Die Regelung zur Wahrung von Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsstandards gilt entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Das deutsche Gesetz erfasst lediglich unmittelbare Zulieferbetriebe.
- > **Haftung:** Verstöße können auf einem außergerichtlichen Weg bei Kontrollbehörden gemeldet werden. Anders als die bislang geplante deutsche Regelung sieht die EU-Initiative auch ein Zivilklagerecht vor. So können Beschäftigte gegen europäische Firmen auf Schadensersatz klagen, falls diese ihren Sorgfaltspflichten nicht nachkommen. Zudem werden die Boni für Manager an die Einhaltung von Klima- und Menschenrechtsstandards geknüpft. „Eine Regulierung ohne Sanktionen ist keine Regulierung“, so Reynders.

Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit

Zudem verabschiedete die Kommission eine Strategie zur Förderung menschenwürdiger Arbeit weltweit. Im Zentrum steht dabei ein Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit. „Wir werden uns weiterhin für menschenwürdige Arbeitsnormen weltweit einsetzen und dafür sorgen, dass bei unseren Bemühungen für einen fairen und starken Aufschwung dem sozialen Dialog eine Schlüsselrolle zukommt“, sagte Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis. Nach Schätzungen müssen rund 160 Millionen Minderjährige Kinderarbeit verrichten, 25 Millionen Menschen müssen Zwangsarbeit leisten. Reynders zeigte sich zuversichtlich, dass viele Unternehmen den Vorschlag unterstützen werden. (pr) >|

■ Globale Lieferketten

Fokus auf Nachhaltigkeit

Hohe Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards spielen für Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend eine entscheidende Rolle. Sechs von zehn Befragten gaben 2020 in einer Umfrage an, sie seien bereit, ihre Einkaufsgewohnheiten zu ändern, um die Umwelt zu schonen.

Acht von zehn Befragten sagten, dass ihnen Nachhaltigkeit wichtig sei. Davon erklärten rund 70 Prozent, sie seien bereit, auch mehr zu zahlen, wenn höhere Klima- und Sozialstandards eingehalten werden.

VERTIEFTE PARTNERSCHAFT

EU schiebt Investitionen in Afrika an

Die Europäische Union und die Staaten der Afrikanischen Union bauen ihre Partnerschaft mit Investitionen in Höhe von 150 Mrd. Euro im Bereich Infrastruktur, Energie und Gesundheit aus. „Wir teilen dieselbe Vision: die Vision eines gemeinsamen Raums der Stabilität und des Wohlstands“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Auftakt des EU-Afrika-Gipfels in Brüssel. In der Afrikanischen Union (AU) haben sich 55 Staaten zusammengeschlossen, um nach dem Vorbild der EU politisch und ökonomisch enger zu kooperieren.

> „Europa und Afrika haben ein gemeinsames Interesse an einer Zusammenarbeit“, erklärte Macky Sall, Präsident des Senegal und Vorsitzender der AU. „Europa ist der verlässlichste und bei weitem wichtigste Partner Afrikas“, ergänzte von der Leyen.

Die auf dem Gipfel besiegelte Investitionsoffensive „Global Gateway Afrika-Europa“ ist Teil der Initiative „Global Gateway“, einer Reihe von Investitionspartnerschaften, die die EU-Kommission Ende des vergangenen Jahres vorgestellt hatte, und für die die EU weltweit Infrastrukturpartnerschaften von insgesamt 300 Mrd. Euro ermöglicht. „Global Gateway ist unsere weltweite Investitionsstrategie, die auf den Werten beruht, denen sich Europa und Afrika verpflichtet haben, wie Transparenz, Nachhaltigkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und das Wohlergehen der Menschen“, erläuterte von der Leyen. Die Präsidentin hatte bereits unmittelbar nach Amtsantritt 2019 auf ihrer ersten Auslandsreise Afrika besucht.

Die gemeinsame Initiative von EU und AU sieht unter anderem vor:

- > **Investitionspartnerschaft:** Insgesamt wird die EU bis 2027 rund 150 Mrd. Euro mobilisieren, um Infrastrukturprojekte in Afrika anzuschließen, vor allem in den Bereichen Verkehr, Kommunikation und Energie. Dabei wird auch auf den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika gesetzt, wie etwa die Produktion des alternativen Energieträgers Wasserstoff. So arbeitet das Forschungszentrum Jülich bei Köln beispielsweise an dem Projekt „H2Atlas-Africa“, um geeignete Standorte für die Wasserstoffproduktion auf dem Kontinent zu finden und auszubauen.
- > **Gesundheitspolitik:** Die EU ist in der Pandemie bereits einer der größten Impfstoffgeber für Afri-



© European Union, 2020

ka. „Unser Ziel ist es, bis zum Sommer insgesamt mindestens 450 Millionen Dosen an afrikanische Länder weiterzugeben“, sagte von der Leyen. Die Kooperation im Gesundheitsbereich wird weiter forciert, unter anderem wird die Ausbildung von medizinischem Personal gefördert und der Ausbau der Impfkampagne mit 100 Mio. Euro unterstützt.

Das Programm „Vaccine Equity for Africa“ ist Teil einer umfassenden Stärkung des Gesundheitssektors in Afrika. Bis 2040 will die Afrikanische Union erreichen, dass 60 Prozent der auf dem Kontinent verwendeten Impfstoffe dort hergestellt werden.

Lizenzrechte für Impfstoffproduktion

„Die Europäische Union unterstützt dieses Ziel voll und ganz“, erläuterte von der Leyen. Künftig werden genbasierte mRNA-Impfstoffe in sechs afrikanischen Staaten in Lizenz produziert. Von „einer Brücke, über die wir gemeinsam gehen können“, sprach die Präsidentin. Sie war im Vorfeld des Gipfels in den Senegal gereist, um sich am Pasteur-Institut in Dakar über Herstellung von Impfstoffen zu informieren.

Bereits vor Auftakt des Gipfels hatte der deutsche Pharmaentwickler BioNTech im hessischen Marburg eine mobile Anlage für die Herstellung von Impfstoffen in Afrika vorgestellt. Mit den mobilen Produktionseinheiten, zunächst vorgesehen für Ruanda und Senegal, lassen sich jährlich bis zu 50 Millionen Impfdosen produzieren. Damit wird Afrika weiter unabhängig von Impfstoffimporten. (pr) >

Dieses mobile Labor stellte die EU 2020 dem Pasteur-Institut in Dakar (Senegal) zur Verfügung.

Wie arbeiten EU und afrikanische Länder zusammen?

Die Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Ländern und der EU findet in verschiedenen Formaten statt, dazu gehören das Cotonou-Abkommen und die 2007 verabschiedete Gemeinsame Strategie Afrika-EU. Darüber hinaus hat der Rat drei regionale Strategien angenommen, nämlich für das Horn von Afrika, den Golf von Guinea und die Sahelzone. Die Beziehungen zwischen Afrika und der EU werden auch im Rahmen förmlicher Dialoge wie dem Gipfeltreffen zwischen der EU und Afrika gestaltet.

EUROPA VOR ORT

Ein kostenloses **Zugticket** als europäisches **Einstiegsprogramm**

An ihren Europatrip kann sich Nina Ziller noch sehr gut erinnern: „Niederlande, Italien, Frankreich, Schweiz. Wir sind eher länger an einem Ort geblieben als stetig rastlos zu wechseln“, blickt die 25-jährige Studentin zurück auf ihre Erkundungstour per Zug quer durch Europa. Ihr Fazit: „Das war einfach perfekt, um Europas Vielfalt zu erleben.“



© Nina Ziller/Privat

Mit dem Zug quer durch Europa – so hat Nina Ziller die europäische Vielfalt persönlich erfahren.

> Nina Ziller war damals im August 2016 mit einer Freundin aus Israel noch auf eigene Faust mit dem klassischen Interrail-Ticket unterwegs. Seit 2018 bietet das EU-Programm DiscoverEU Jugendlichen die Chance, Europa mit dem Zug zu erkunden. Die Tickets werden unter den Bewerberinnen und Bewerbern ausgelost. „Dabei werden Größe und Einwohnerzahl eines Mitgliedlandes berücksichtigt. So haben Jugendliche in ganz Europa die gleiche Chance auf eines der begehrten Tickets“, erzählt Ziller.

Neue Runde im April

Start der nächsten Bewerbungsrunde ist voraussichtlich im April. Die Gewinner der DiscoverEU-Tickets werden außerdem eine Karte erhalten, die ihnen Ermäßigungen auch für Lebensmittel-Einkäufe bietet. Auf Bewerber aus Deutschland werden vermutlich 10.000 Tickets entfallen. In der letzten Bewerbungsrunde im vergangenen Oktober haben circa 55.000 18-Jährige aus Deutschland teilgenommen. Wer ein Ticket in der nächsten Auswahlrunde erhält, kann bis Februar 2023 allein oder in einer Gruppe von bis zu fünf Jugendlichen für bis zu 30 Tage gratis durch Europa reisen. Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal ist die Bahn das vorrangige Transportmittel. „So lassen

sich Europa und seine Landschaften viel besser erleben“, so Ziller.

„DiscoverEU dient dazu, mal die eigene Komfort-Zone zu verlassen“, sagt Ziller. Sie ist in der südlichen Pfalz in Rülzheim aufgewachsen, einem Dorf im Dreieck zwischen Speyer, der Universitätsstadt Landau und der europäischen Metropole Straßburg, direkt an der Grenze zu Frankreich. „Mal eben rüber ins Elsass, um gutes Brot zu kaufen oder den besseren Kaffee“, so beschreibt sie den europäischen Alltag der Region.

Für Ziller war das grenzüberschreitende Zugerlebnis nach dem Abitur eine Art europäisches Einstiegsprogramm. Während des Bachelor-Studiums hat sie das Wintersemester 2018/19 im Rahmen des Austauschprogramms Erasmus+ an der Universität Wrocław in Polen verbracht, im Zuge ihres Master-Studiums absolviert sie noch bis Juli ein Hochschulsesemester an der Universidad Loyola im spanischen Sevilla. „Das ist eine Privatuniversität. Ohne Erasmus hätte ich mir das gar nicht erlauben können“, sagt Ziller. Ihr Tipp: „Ich kann nur jedem raten, sich möglichst früh über europäische Jugendprogramme zu informieren. Ob Azubi oder Studierender – die EU bietet viele unterschiedliche Möglichkeiten.“

Neben ihrem Studium der Kommunikationswissenschaften arbeitet Nina Ziller in Teilzeit für das Projekt Young European Professionals (YEP), einem Netzwerk junger Menschen zwischen 16 und 27 aus ganz Deutschland. Unterstützt von der EU-Kommission und der Bundeszentrale für politische Bildung organisieren die YEPs Workshops für Schulklassen oder Jugendgruppen. Von jungen Menschen für junge Menschen. „Da lässt sich Europa spielerisch erfahren“, sagt Ziller. Auch für sich selbst hat sie dabei viel gelernt: „Ich möchte später auf jeden Fall etwas im Bildungsbereich machen.“

Ziller und ihre Generation erfahren Europa längst als grenzenlosen Raum. Ihr Fazit aus der spanischen Distanz: „Die Pandemie hat uns erneut gezeigt, wie fragil Europa sein kann. Gerade deshalb müssen wir unsere Privilegien wahrnehmen und stetig dafür eintreten.“ (pr) >|

DiscoverEU-Bewerbung

Erfahrungsaustausch mit EuroPeers

EuroPeers sind junge Menschen, die mit dem EU-Programm Erasmus+ Jugend aktiv waren. Was sie erlebt haben, geben sie an andere Jugendliche weiter. Sie gehen in Schulen oder Jugendclubs, um Jugendlichen von ihren Erfahrungen mit Europa zu erzählen, und sind das beste Zeugnis dafür, dass die Auseinandersetzung mit Europa auch jede Menge Erlebnis und Spaß bedeuten kann. Sie informieren über die Programme Europäisches Solidaritätskorps und Erasmus+ Jugend sowie über andere Mobilitätsprogramme und gestalten Workshops, Schulstunden oder Ausstellungen zum Thema Europa.

<https://www.europeers.de/>

Europa in Zahlen

27 Mio. Euro

erhält das Land Baden-Württemberg im Rahmen des Aufbaufonds REACT-EU aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Damit können rund 16.000 Menschen unterstützt werden, die von den ökonomischen Auswirkungen der Pandemie besonders betroffen sind. Etwa durch die Weiterbildung von Beschäftigten in Kurzarbeit, die Schulung von Langzeitarbeitslosen oder die Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund.

REACT-EU steht für „Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe – Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas“. REACT-EU umfasst zusätzliche Mittel in Höhe von 55 Mrd. Euro, die über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) bereitgestellt werden. Die Mittel sollen von der Pandemie besonders betroffenen Menschen helfen. Schwerpunkte sind berufliche Qualifizierungen sowie die Kompetenzbildung, um unter anderem den Übergang in eine grüne digitale Wirtschaft zu meistern. Bereits im Vorjahr wurden in einer ersten Tranche rund 1,9 Mrd. Euro an Deutschland ausgezahlt. Davon erhielt zum Beispiel das Land Berlin knapp 93 Mio. Euro.

REACT-EU-Mittel für Baden-Württemberg

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 02.03.2022 18.00–19.30 Uhr	„Die EU und Corona - besser zusammen oder jeder für sich?“ Bürgerdialog Veranstalter: Europa Union Deutschland e.V.	Online	www.europatermine.de/europatermine/termin/27545
> 03.03.2022 10.00–12.15 Uhr	„Spotlight auf Zivilgesellschaft in Zentralasien“ Öffentliche Diskussion (in englischer Sprache) Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Online	https://iep-berlin.de/de/projekte/erweiterung-nachbarschaft-und-zentralasien/eurasia/final-event/
> 04.03.2022 15.00–18.00 Uhr	„Word Weit Weg - die Infoparty für Auslandsaufenthalte“ Informationsveranstaltung Veranstalter: JugendService Oberösterreich	Online	https://europa.eu/youth/events/word-weit-weg-infoparty_de
> 09.03.2022 17.00–18.30 Uhr	„Prima Klima?! Der Grüne Deal in Europa“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Integrationszentrum Rostock e.V. in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern	Online	www.eiz-rostock.de/events/prima-klima-der-gruene-deal-in-europa/
> 10.03.2022 18.00–19.30 Uhr	„#MoinEuropa Mal anders: Mehrsprachigkeit in Europa – Ein Leben mit und zwischen Sprachen“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunktBremen	Online	https://europa.bremen.de/events/moineuropa-einmal-anders-mehrsprachigkeit-in-europa-ein-leben-mit-und-zwischen-sprachen/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Regeln für Pauschalreisen auf dem Prüfstand

Die Kommission will die EU-Vorschriften über Pauschalreisen überprüfen und hat dazu eine öffentliche Konsultation gestartet. Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenträger können bis zum 10. Mai 2022 ihre Erfahrungen und Meinungen zu den derzeitigen Vorschriften für Pauschalreisen mitteilen.



Mit der Überprüfung will die Kommission untersuchen, ob die Richtlinie weiterhin ein hohes Maß an Verbraucherschutz für Reisende, auch in Krisenzeiten, gewährleisten kann. Bei der Überprüfung der Richtlinie werden die seit 2018 gesammelten Erfahrungen berücksichtigt, einschließlich der COVID-19-Pandemie, die zu massiven Stornierungen von Reisebuchungen führte.

■ *Konsultation zu Pauschalreisen*

TANZE, EUROPA!

Ein interaktives Kunsterlebnis

Ein außergewöhnliches Kunstprojekt ist im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft ins Leben gerufen worden – das von Angelin Preljocaj choreografierte und durch Jeanne Addes Kompositionen musikalisch untermalte Stück „Tanze, Europa!“ Dieses neuartige, interaktive und für alle zugängliche Kunsterlebnis wird über die gesamte erste Jahreshälfte 2022 hinweg in ganz Europa stattfinden.



Die neunminütige Choreografie ermöglicht allen Interessierten – ob Hobbytänzern oder Profis, allein oder in Gruppen – die Teilnahme an einem tänzerischen Moment an verschiedensten kulturellen Orten oder zu Hause, in Unternehmen, Schulen oder auch an öffentlichen Plätzen. Es wird für die Teilnehmenden auch möglich sein, ein Video ihrer Darbietung auf die Gemeinschaftsplattform Numeridance.tv hochzuladen oder es auf den sozialen Netzwerken unter dem Hashtag #DanceEurope zu teilen.

■ *Tanze, Europa!*

LORENZO-NATALI-MEDIENPREIS

Auszeichnung für mutigen Journalismus

Für den von der EU für journalistische Themen verliehene Lorenzo-Natali-Medienpreis (#NataliPrize) stehen in diesem Jahr Beiträge unter anderem über Ungleichheit, Klima, Migration, Digitales und Frieden im Fokus. Die eingereichten Beiträge müssen zwischen dem 10. März 2021 und dem 9. März 2022 veröffentlicht worden sein. Bewerbungen sind in einer der fünf zugelassenen Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Deutsch) bis zum 31. März 2022 möglich.

Der vor 30 Jahren von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene Medienpreis wird in Erinnerung an Lorenzo Natali (Foto) verliehen. Natali war EU-Kommissar für Entwicklung und überzeugter Verfechter von Meinungsfreiheit, Demokratie und Menschenrechten.

■ *Lorenzo-Natali-Medienpreis 2022*



Credit © European Union, 2017

MIT CREATIVE EUROPE GEGEN FAKE NEWS

Jetzt einreichen für NEWS Media Literacy!

Medienkompetenz ist wichtiger Bestandteil des 2021 neu an den Start gegangenen Kultur-Programms Kreatives Europa. Der Aufruf „NEWS Media Literacy“ hat unter anderem das Ziel, die Auswirkungen von Desinformation und Fake News zu bekämpfen. 2,4 Mio. Euro stehen bereit, um die Entwicklung innovativer, grenzüberschreitender Initiativen in ganz Europa zu fördern, beispielsweise Schulungsmaßnahmen oder die Entwicklung von Materialien und Toolkits für eine kritische Nutzung von Medien und zur Erkennung von Desinformationen.

Bewerben können sich Konsortien von mindestens drei Organisationen aus drei verschiedenen Teilnehmerländern des Programms Kreatives Europa. Das können zum Beispiel Profit- und Non-Profit-Organisationen sein, Behörden, Universitäten und Bildungseinrichtungen oder auch Technologie-Anbieter. Einsendeschluss ist der 6. April 2022.

■ *Aufruf NEWS Media Literacy*